

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

36. Sitzung
20. März 2024

Beginn: 09.36 Uhr
Schluss: 12.25 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Daniel Wesener (GRÜNE) stellt die Frage:

„Wie positioniert sich der Senat zu dem Offenen Brief vom Deutschen Musikrat und der Rektorenkonferenz der deutschen Musikhochschulen von Ende Februar und ihrer Forderung, die 24 Ensembles des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in ihrem Bestand, Profil und Angebot zu erhalten und auch finanziell abzusichern?“

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) verweist auf die Anhörung und Diskussion zur Zukunft des Rundfunks in der 35. Sitzung am 6. März 2024, im Rahmen derer er den begonnenen Reformprozess dargestellt habe. Die Frage der Zukunft der Rundfunkorchester könne nicht losgelöst von diesem Reformprozess beantwortet werden. Am 18. Januar 2024 habe der von der Rundfunkkommission eingesetzte Zukunftsrat eine Empfehlung abgegeben, in der auch die Zukunft der Rundfunkorchester behandelt worden sei, zwar mit keiner abschließenden Empfehlung, aber unter Betonung auf den wertvollen Beitrag der Rundfunkorchester. Zugleich sei ein Prüfauftrag an die Länder formuliert worden zu ermitteln, in welchem Umfang die Öffentlich-

Rechtlichen auch in Zukunft Rundfunkorchester unterhalten und finanzieren könnten. Außerdem sei darum gebeten worden, gegebenenfalls andere Trägerschaften zu entwickeln. Das Ergebnis dieser Prüfung werde auch davon abhängen, welchen Beitrag diese Rundfunkorchester für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen gesetzliche Aufgabe insgesamt lieferten. Am 26. Januar 2024 habe die Rundfunkkommission erste Eckpunkte für einen Reformstaatsvertrag, den sogenannten Beschluss von Bingen, vorgelegt. Auch dort sei noch einmal die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betont worden. Die Eckpunkte enthielten aber auch den Auftrag, einen Weg zu finden, die vorhandenen Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks effizienter zu gestalten. Daneben habe die Rundfunkkommission die KEF am 11. März 2024 mit einem Sondergutachten beauftragt, um die Beitragsrelevanz möglicher Reformansätze zu ermitteln. Hierbei solle die KEF auch prüfen, welche Einsparpotenziale es im Bereich der Rundfunkorchester gebe, wenn beispielsweise das sogenannte Deutschlandradio-Modell, der Betrieb der Rundfunkorchester in einer eigenständigen GmbH auf den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgeweitet würde. Bisher gebe es ein solches Modell in Berlin mit der ROC GmbH, die seit 1944 bestehende Trägergesellschaft für das Deutsche Symphonie-Orchester Berlin, das Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin, den Rundfunkchor Berlin sowie den RIAS Kammerchor. Dieser Reformprozess solle bis Herbst 2024 in den Reformstaatsvertrag münden. Bei den weiteren Beratungen würden auf der Fach- und politischen Ebene sämtliche Anmerkungen und Hinweise auch von den Beteiligten und Interessenverbänden einbezogen. In diesen Prozess werde auch die Bewertung der KEF einfließen. Insofern habe sich der Senat zu den Brief noch nicht abschließend positioniert und verweise auf den laufenden Reformprozess, der das Ziel habe, diese Strukturen aufrechtzuerhalten, aber ebenso auch Effizienzpotenziale zu heben. Denkbar wären beispielsweise andere Trägerschaften gesellschaftsrechtlicher Natur.

Daniel Wesener (GRÜNE) teilt mit, einige Ministerpräsidenten hätten sich bereits positioniert, wie beispielsweise Herr Söder, der eine Halbierung der Ensembles vorgeschlagen habe. Inwieweit könne der Senat den Bestand der vier Berliner Ensembles zusichern?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) verweist auf seine Ausführungen und die Darstellung des Reformprozesses. Dieser müsse zunächst abgewartet werden.

Anne Helm (LINKE) stellt die Frage:

„Der Regierende Bürgermeister hat sich mit dem bekannten Tesla-CEO Elon Musk getroffen. Inwiefern hat er bei diesem Treffen bzw. bei anderen Gelegenheiten darauf hingewirkt, dass Tesla bestehende Gesetze zur Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenmitbestimmung, zur Wasserentnahme und Schadstoffen im Abwasser etc. umsetzt?“

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erklärt, der Regierende Bürgermeister sei kurzfristig auf Einladung des Ministerpräsidenten Woidke zum Tesla-Werk gereist. Nach seiner Kenntnis sei zentrales Thema des Gesprächs der wenige Tage zuvor stattgefundenen Anschlag auf die Stromversorgung gewesen. Der Regierende Bürgermeister sowie Ministerpräsident Woidke hätte noch einmal unterstrichen, dass die Ansiedlung ein Gewinn für die Hauptstadtregion und den Wirtschaftsstandort Deutschland sei. Aktuell gebe es Diskussionen um die Wahl eines Betriebsrates. Inwieweit darüber gesprochen worden sei, entziehe sich seiner

Kenntnis. Der Presse sei aber zu entnehmen, dass die Betriebsratswahlen liefen. Insofern habe er keine Anhaltspunkte dafür, dass es Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz gebe. Thematisiert worden seien auch Wasserrecycling und Wasserverbrauch. Dabei sei auch die Wasserrecyclinganlage besichtigt worden.

Anne Helm (LINKE) bemerkt, den Äußerungen sei zu entnehmen, dass offensichtlich der Ministerpräsident des Landes Brandenburg für diese Fragen als zuständig angesehen würde. Der Regierende Bürgermeister schein sich aber auch als zuständig zu empfinden, weil dieser auf seinen offiziellen Kanälen Fotos verbreitet habe. Wie passe dies damit zusammen, dass der Regierende Bürgermeister gesagt habe, nicht mit Antisemiten zusammenzuarbeiten zu wollen und sich klar gegen Antisemitismus positioniert habe, während Elon Musk als CEO die Reichweite seiner eigenen Plattform „X“ benutze, um antisemitische Verschwörungsideologien zu verbreiten? Seien dies Themen, die der Regierende Bürgermeister in diesem Zusammenhang adressiert habe?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) stellt die Frage, wer die Plattform „X“ vor diesem Hintergrund noch verwende. Ob der Regierende Bürgermeister derartige Themen angesprochen habe, sei ihm nicht bekannt. Berlin als Region profitiere von diesem Unternehmen. Die Einhaltung von Gesetzen betreffend gölten in Grünheide nicht Berliner Gesetze, sondern Brandenburger sowie Bundesgesetze und europarechtliche Vorschriften. Er gehe davon aus, dass sich Unternehmen gesetzeskonform verhielten. Die Einhaltung und Umsetzung der Gesetze obliege den örtlichen zuständigen Behörden.

Ronald Gläser (AfD) stellt die Frage, ob und gegebenenfalls was der Regierende Bürgermeister Elon Musk habe zusichern können, dass etwas gegen die Linksextremisten unternommen werde, die mutmaßlich aus Berlin stammten und den Bestand dieses Tesla Werkes in Brandenburg gefährdeten.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erinnert daran, dass die AfD sehr engagiert dabei sei, gemeinsam mit den linken Kräften den Ausbau des Werkes zu verhindern. Der Berliner Senat unternahme ständig Bemühungen, kritische Infrastrukturen besser zu schützen. Da Berlin und Brandenburg in vielen Bereichen kooperierten, gehe er davon aus, dass auch in diesem Bereich gut zusammengearbeitet werde.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) berichtet, am heutigen Tage habe es eine weitere Sitzung des Vermittlungsausschusses unter anderem zum Hauptverhandlungsdokumentationsgesetz und zum Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten geben sollen, die aus terminlichen Gründen jedoch abgesagt worden sei. Im Fokus dieser Woche stehe die Sitzung des Bundesrates am Freitag. Wichtige Themen seien das Wachstumschancengesetz. Aus Berliner Sicht gehe es

um die Sonder-AfA zur Ankurbelung des Wohnungsbaus. Das Thema sei vermengt mit Agrardiesel bzw. Unterstützung und Entlastung der Landwirtschaft. Weitere Themen seien das Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 sowie die Cannabisgesetz, das Onlinezugangsgesetz und das Bundesschienenwegeausbaugesetz.

Anne Helm (LINKE) interessiert, wie sich Berlin zur Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Cannabisgesetz verhalten werde.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erklärt, dass das Abstimmungsverhalten im sogenannten pflichtgemäßen Ermessen stehe. Die noch laufenden Verhandlungen und Gespräche würden abgewartet. Aus den Ländern gebe es aus unterschiedlichen Parteien Kritik und Fragen zu dem Gesetz. Berlin werde relativ kurzfristig das Abstimmungsverhalten festlegen. Am 9. April 2024 werde es die nächste gemeinsame Kabinettsitzung mit Brandenburg geben, unter anderem um das Wasserressourcenmanagement.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) berichtet, er habe letzte Woche an der Europaministerkonferenz in Lübeck teilgenommen. Zentrales Thema sei die Vorbereitung auf die diesjährige Europawahl gewesen und die Überlegung, wie gezielt junge Menschen mobilisiert werden könnten. Die anderen Fragen hätten einen Bezug zu Schleswig-Holstein gehabt, beispielsweise Fragen der Zusammenarbeit in Grenzregionen. Am Rande sei auch über den Ukraine Konflikt gesprochen worden sowie über die Zukunft der Kohäsionspolitik. Es solle versucht werden, die bisherigen Strukturen und Mechanismen sowie Beträge in die nächste Förderperiode ab 2028 zu retten.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 3 der Tagesordnung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand der Vorbereitung der Europawahl in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0105](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung (vorgezogen)

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50
Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/1387

[0107](#)
BuEuMe

**Neufassung des Staatsvertrages zwischen dem Land
Berlin und dem Land Brandenburg über die
Bergbehörde und energieaufsichtliche
Zuständigkeiten**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berlins Europastrategie. Rückblick und Perspektive
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0075](#)
BuEuMe

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.